

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 18 (neu)

Antragssteller*in: Mihály Foki (Tempelhof-Schöneberg), Dennis Egginger-Gonzalez (Delegierter Steglitz-Zehlendorf), Mitgliederversammlung Steglitz-Zehlendorf, LAG Umwelt, Denis Petri (BV Neukölln), IG Nahverkehr, Johannes Kolleck (Delegierter ChaWi), Andreas Odebrecht (BV R'dorf), Marcus Otto (Stellv. Delegierter SZ), AK Rote Beete West, Katalin Gennburg (MdA Treptow), Anne Zetsche (Delegierte ChaWi), LAG Klimagerechtigkeit

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Klimaschutz jetzt: Berlin sozial-ökologisch entwickeln - Stadtautobahnen 2 A103 und A104 zurückbauen

3 Die LINKE Berlin. hält an den Forderungen eines Rückbaus der A103 und A104 und an den Argumenten
4 gegen Stadtautobahnen fest. Gerade mit Blick auf den Konflikt zwischen Berlin und dem Bund beim
5 A100-Weiterbau ist es geboten, beim Thema der Autobahnen Druck auf die Bundesregierung aufzu-
6 bauen, um erstens die Autobahnen A103 und A104 in Bundes- bzw. Landesstraßen zurückzustufen und
7 zweitens, mittelfristig die Kontrolle über Bau- und Rückbau von Autobahnen zurück an die Länder zu
8 geben.

9 Die LINKE Berlin. setzt sich dafür ein, dass

- 10 1) schnellstmöglich die Verhandlungen über eine Zurückstufung der A103 und A104 mit dem Bund
11 aufgenommen werden;
- 12 2) noch in dieser Legislaturperiode Verkehrsplanungen für die mögliche Umgestaltung der Ver-
13 kehrswege begonnen werden. Dabei soll beachtet werden, dass die A103 auf gesamter Länge
14 Teil der Bundesstraße 1 ist und der Durchgangsverkehr auch in Zukunft besser auf der zur
15 Stadtstraße zurückgebauten Trasse, als auf dem mit engeren städtischen (Wohn)Bebauung und
16 einer geplanten Straßenbahnstrecke charakterisierten Straßenzug Hauptstraße-Rheinstraße-
17 Schlossstraße zu führen ist;
- 18 3) für die Verkehrsplanungen die Sanierungsbedarfe an den Ingenieurbauwerken der jeweiligen
19 Stadtautobahnen ermittelt werden;
- 20 4) die Möglichkeiten, den Um- und Rückbau der A103 und die umliegenden Flächen mit der Reak-
21 tivierung und dem Ausbau der Stammbahn zu verknüpfen, ermittelt werden. Es soll sicherge-
22 stellt werden, dass beim Bau der Stammbahn keine für den Autobahnrückbau und die vorgese-
23 henen spätere Flächennutzungen ungünstige Tatsachen geschaffen werden;
- 24 5) rechtlich festgelegt wird, dass alle im Zuge des Rückbaus der Autobahnen freiwerdenden Flä-
25 chen in kommunaler Hand bleiben und soweit möglich für gemeinnützige Ziele genutzt werden;
- 26 6) zügig städtebauliche Planungen für die Nachnutzung der durch den Autobahnrückbau frei wer-
27 denden bzw. umzugestaltenden Gebiete begonnen werden (dies betrifft insbesondere das Ge-

28 biet des Autobahnkreuzes Schöneberg südlich des Sachsendamms und im Bereich Rubens-
29 straße-Vorarlberger Damm, die Flächen entlang der heutigen A103 und der Stammbahn, die
30 Anschlussstelle der A100/A104 zwischen Berliner Straße und Mecklenburgische Straße, den
31 Breitenbachplatz und die Kreuzung Schlossstraße-Schildhornstraße/Joachim-Tiburtius-Brücke
32 mit dem Bierpinself).)

33 Die Linksfraktion Berlin wird gebeten, im Jahr 2023 eine Konferenz mit Beteiligung der Koalitions-
34 partner*innen, den Senatsverwaltungen für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz sowie
35 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, der Senatsverwaltung, Organisationen aus den zivilgesellschaft-
36 lichen Initiativen, fachlichen Organisationen aus den Bereichen der Stadt- und Verkehrsplanung sowie
37 Stadtentwicklung zu organisieren, um kurz-, mittel- und langfristige Planungen und Visionen bezogen
38 auf den Rückbau der A103 und A104 zu diskutieren.

39 Begründung:

40 Der Rückbau der Stadtautobahnen A103 und A104 als langfristig zu verfolgendes Ziel wurde in den
41 aktuellen Koalitionsvertrag aufgenommen:

- 42 • *„Die Koalition will Schlüsselprojekte des sozialen und ökologischen Stadtumbaus umsetzen.
43 Dazu gehört in Abstimmung mit dem Bund die Aufnahme der Planung des schrittweisen Rück-
44 baus der A 103 und A 104.“ (S. 9);*
- 45 • *„Die Koalition wird den Rück- und Umbau überdimensionierter Relikte der autozentrierten
46 Stadt weiter vorantreiben, indem für Projekte wie den Rückbau der Breitenbachplatzbrücke /
47 Tunnel Schlangebader Straße mit konkreten Planungen begonnen wird und weitere Projekte,
48 wie beispielsweise der Umbau des Bundesplatzes, identifiziert und zur Umsetzung gebracht
49 werden.“ (S. 66)*

50 Auch die Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg hat schon 2019 auf Antrag von SPD
51 und Grünen mit Unterstützung der BVV-Fraktion der LINKEN einen Antrag beschlossen, nach dem die
52 Autobahn A103 vom Steglitzer Kreisel zum Schöneberger Sachsendamm auf eine vierspurige Stadt-
53 straße zurückgebaut und der Stadtring A 100 im Bereich des Autobahnkreuzes Schöneberg „überde-
54 ckelt“ werden sollte. Als Begründung standen damals Wohnungsbaupotenziale im Fokus.

55 Bei der A104 (die seit 2006 keine eigenständige Autobahn, sondern ein Ast der A100 ist und somit
56 offiziell nicht mehr A104 heißt) gibt es schon lange sowohl eine Bürgerinitiative (Bürgerinitiative Brei-
57 tenbachplatz) als auch neuerdings eine gemeinsame Stellungnahme der Architekten- und Ingenieurver-
58 ein zu Berlin-Brandenburg mit Hans Stimmann (Berliner Senatsbaudirektor a. D.) und Karl-Georg Well-
59 mann (ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf). Die LINKE, Berlin und
60 die regierende rot-grün-rote Koalition dürfen das Projekt des Autobahnrückbaus nicht den konservati-
61 ven politischen Kräften und ihren Verwertungsinteressen überlassen. Wir sollten alles dafür tun, um
62 private Bauprojekte mit v. a. Eigentumswohnungen oder Büros, für welche in den letzten Jahrzehnten z.
63 Bsp. viele ehemalige Bahnflächen „verwertet“ wurden, zu verhindern. Nur durch den Entwurf eigener
64 Visionen und guter Kommunikation werden wir die Menschen für linke Verkehrswende-, Klima- und Flä-
65 chennutzungspolitik gewinnen können. Die Autobahnen A103 und A104 bieten als Projektionsflächen
66 für unsere politische Agenda ein großes Potenzial.